

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

104 (2.9.1947)



NEUERE TAGESRICHTEN

Der Palästina-Plan fertiggestellt Eine Teilung in arabischen und jüdischen Staat sowie „Stadt Jerusalem“ vorgesehen

Genf, 1. Sept. (Dena-Reuter). Der Palästina-Untersuchungsausschuss der UN unterzeichnete am 29. August seinen Bericht über die Ergebnisse seiner Untersuchungen und übermittelte den Bericht und seine Empfehlungen der Vollversammlung der UN.
Der Bericht enthält die Vorschläge der Mehrheit und die der Minderheit des Ausschusses über die besonderen Pläne für die Zusammensetzung der zukünftigen Regierung und für die territorialen Grenzen. Der Ausschuss nahm einstimmig 11 Empfehlungen allgemeiner Natur und einen zweiten Punkt gegen 2 Stimmen, die Guatemala und Uruguay an.
Der von der Mehrheit des Ausschusses gebilligte Plan, dafür sprach sich Kanada, die Tschechoslowakei, Guatemala, die Niederlande, Peru, Schweden und Uruguay aus, sieht eine Teilung in einen arabischen Staat, einen jüdischen Staat und die „Stadt Jerusalem“ umfassen.
Der arabische und der jüdische Staat sollen nach einer Übergangsperiode von zwei Jahren, die am 1. September d. J. beginnen wird, selbständig werden.
Vor der Anerkennung ihrer Unabhängigkeit müßten die beiden Staaten eine Vereinbarung annehmen, eine Erklärung an die UN über gewisse Garantien abgeben und einen Vertrag über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten und eine

Lage Westeuropas für erster als vermutet befunden

Paris, 1. Sept. (Dena). Die Besprechungen zwischen William Clayton, dem Staatssekretär für Wirtschaftsfragen im amerikanischen Außenministerium, George Kennan, dem Leiter des amerikanischen Planungsamtes, dem Botschafter Lewis Douglas und Jefferson Caffery und dem Exekutivschef der Pariser Konferenz gaben Gelegenheit zu der Feststellung, daß die Lage Westeuropas, wie aus den Arbeiten der Pariser Konferenz hervorgeht, erster ist, als man vermutet hatte. Die Summe von 29 Milliarden Dollar, die Europa für die Zeit von 1947 bis 1951 benötigt, ist höher, als man es in den USA voraussah, wo Vandenberg von zwanzig Milliarden gesprochen hatte. Die sechzehn in Paris vertretenen Nationen versuchen zwar, diese Summe herabzusetzen, aber man ist über die Tatsache besorgt, daß nach den kommenden vier Jahren das europäische Defizit immer noch dreiviertel der augenblicklichen Summe ausmachen wird.
Die Grundursache für dieses Defizit scheint die Teilung Europas in zwei Zonen zu sein. Vor dem Krieg ermöglichte der Austausch zwischen den getreidereichen Donauländern und den industriellen Westgebieten ein europäisches Gleichgewicht.

Der Industrieplan kann jederzeit in den Rahmen eines europäischen Wirtschaftsplanes eingefügt werden

Getreidemenge um rund ein Drittel von würt.-bad. Regierung zu gering geschätzt

Stuttgart, 1. Sept. (Dena). Die in Württemberg-Baden tatsächlich zur Verfügung stehende Getreidemenge beläuft sich auf 143 200 t und übertrifft damit die vom württembergisch-badischen Landwirtschaftsministerium festgesetzte vorläufige Ablieferungsquote von 87 900 t um 62 Prozent. Diese Tatsache wurde bei einer von Offizieren der US-Militärregierung in ganz Württemberg-Baden durchgeführten Überprüfung der Getreidemenge festgestellt, über deren Ergebnisse der amerikanische Militärattaché für Württemberg-Baden, Mister Sumner Sewall, die deutsche Regierung Württemberg-Badens unterrichtet hat.
Die amerikanische Militärregierung für Württemberg-Baden berichtet, daß außer dieser Menge an Brotgetreide noch 550 t Gerste und 700 t Hafer über die vom württembergisch-badischen Landwirtschaftsministerium festgesetzten vorläufigen Ablieferungsquoten hinaus verfügbar seien. Dies bedeutet eine Erhöhung um 27,2 bzw. 17,7 Prozent gegenüber der vorläufigen deutschen Quote für diese beiden Ernten.
Bei der Bekanntgabe dieser Zahlen äußerte die Beamtin der Ernährungs- und Landwirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung für Württemberg-Baden darauf hinzuweisen, daß die Getreidemenge in Württemberg-Baden durch die Trockenheit nur wenig in Mitleidenschaft gezogen worden sei, spätere Ernten jedoch mehr Schaden erleiden könnten.
In einem Brief an den württembergisch-badischen Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier hat Militärattaché Sewall festgestellt, daß es zur Sicherstellung einer gleichmäßigen Verteilung dieser einheimischen Nahrungsmittelreserven ratsam erachtet wird, die vorläufig festgesetzten Ablieferungsquoten für Württemberg-Baden auf die tatsächliche Erntemenge wiederzufügen, einer gründlichen und sofortigen Prüfung zu unterziehen.
Sewall habe in seinem Brief ferner die Auffassung vertreten, er sei sicher, daß der württembergisch-badische Ministerpräsident die volle Bedeutung der augenblicklichen Lage bewußt sei und die erforderlichen Schritte sofort unternehmen werde. Er habe den Ministerpräsidenten und seinen dafür zuständigen Stellen den weiteren Bestand der Militärregierung durch laufende Überprüfungen aller Teile des Ablieferungsprogrammes zugesichert.

Die Unruhen in Indonesien dauern an

Batavia, 1. Sept. (Dena). Der Generalgouverneur für Niederländisch-Ostindien, Hubertus van Mook, dehnte am 28. August die Vollmachten der niederländisch-ostindischen Regierung auf diejenigen Gebiete Sumatras und Javas aus, die vor kurzem während der Kämpfe zwischen Indonesien und Hollandern von den niederländischen Truppen besetzt wurden. Die Bekanntmachung, in der der Grenzverlauf im einzelnen bezeichnet wird, weist darauf hin, daß die Staatsmacht der republikanischen indonesischen Regierung von jetzt ab in diesen Gebieten ausgeübt sei.
In einem Kommuniqué der niederländischen Armee wird laut Reuter am Freitag von weiteren Zusammenstößen mit den Indonesiern an allen Fronten in Java und Sumatra berichtet. Eine große Anzahl Republikaner, die nach dem Kommuniqué für die Fortsetzung der Feindseligkeiten die Hauptverantwortung tragen, wurden verhaftet.
Der Generalgouverneur von Niederländisch-Ostindien, Dr. Hubertus van Mook, erklärte hier am Samstag in einer Rundfunkansprache vor seiner Abreise nach Holland, daß Holland nichts gegen das internationale Interesse an dem indonesischen Streitfall einzuwenden habe, vorausgesetzt, daß dies Atomneutralität und Neutralität der Beobachtung und Beurteilung führe. Van Mook betonte jedoch, daß der holländische Standpunkt in der Indonesienfrage unverändert sei und fügte hinzu: „Wir haben nichts zu verhandeln und es ist nach wie vor unsere Ansicht, daß die indonesische Frage eine innere Angelegenheit des Königreichs der Niederlande ist.“
Die Konsuln Großbritannien, der Vereinigten Staaten, Australiens, Chinas und Belgiens treffen laut BBC am Samstag in Batavia zusammen. Sie sollen für die Vereinigten Nationen einen Bericht über die Lage in Indonesien ausarbeiten.

Ruhrkohlebesprechungen in Berlin am 8. September

Berlin, 1. Sept. (Dena). Die Besprechungen über die Ruhrkohlexport nach Frankreich bereit für Anfang dieses Monats angesetzt worden waren, werden erst am 8. September hier offiziell beginnen, wie unterrichtete Kreise der amerikanischen Militärregierung für Deutschland am Montag mitteilten.

General Clay und Sir Douglas betonen Wichtigkeit der gesteigerten Kohlenförderung

Berlin, 1. Sept. (Dena). Der neue Industrieplan wird sich nur dann durchführen lassen, wenn die tägliche Kohlenförderung etwa 400 000 t erreicht, erklärte der amerikanische Militärgouverneur General Lucius D. Clay, in Anwesenheit des britischen Militärgouverneurs, Sir Sholto Douglas, am 29. August vor alliierten und deutschen Pressevertretern anlässlich einer Pressekonferenz in Berlin.
Unter Hinweis auf die gegenwärtige Kohlenförderung, die am 28. August bereits 242 000 t betragen hat, fügte Sir Sholto Douglas hinzu, daß Kohle nach wie vor der größte Engpaß sei, und daß man mit einer täglichen Förderung von 380 000 bis 400 000 t die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft zu überwinden vermöge.
Der neue Industrieplan sei so ausgelegt, daß er jederzeit in den Rahmen eines europäischen Wirtschaftsplanes eingefügt werden könne. Bis in solcher europäischer Plan vorliege, werde die deutsche Wirtschaft, unter dem bestehenden Ein- und Ausfuhrprogramm arbeiten müssen.
Er hoffe, daß die im Plan festgesetzten Produktionshöhen in etwa drei Jahren erreicht werden könnten und die Wirtschaft beider Zonen im vierten Jahre auf sicherer Grundlage stehe. Die Durchführung des Industrieplanes hänge größtenteils von den Deutschen selber ab, und bei steigender Kohlenförderung sei sie kein Problem.
Die Lebensmittelzuteilungen für die britisch-amerikanische Zone können bei der Verwirklichung dieses Planes, d. h. bei einer Kohlenförderung von etwa 400 000 t auf täglich 2000 Kalorien erhöht werden.
Frankreich habe auf der Londoner Dreimächtekonferenz die grundlegende Notwendigkeit einer Erhöhung des deutschen Industrieebene zugesagt.

Die Sowjetunion lehnt den Atomenergie-Kontrollplan ab

New York, 1. Sept. (Dena-INS). Der sowjetische UN-Delegierte Gromyko lehnte am 29. August im Arbeitsausschuß der Atomenergiekommission den Plan zur Kontrolle der Atomenergie ab und bezeichnete ihn als genau so unannehmbar wie den Baruch-Plan. Dadurch sind die Aussichten auf einen Fortschritt in der Vorbereitung eines Vertrages zur Kontrolle der Atomenergie zwischen den einzelnen Mitgliedern der UN für wenigstens ein weiteres Jahr zerstört.
Die Sowjetunion lehnt den Atomenergie-Kontrollplan ab und bezeichnete ihn als genau so unannehmbar wie den Baruch-Plan. Dadurch sind die Aussichten auf einen Fortschritt in der Vorbereitung eines Vertrages zur Kontrolle der Atomenergie zwischen den einzelnen Mitgliedern der UN für wenigstens ein weiteres Jahr zerstört.

Keine Grenze für Stahlkapazität, nur für Stahlproduktion

Bad Nauheim, 1. Sept. (Dena). Die in dem neuen Plan erwähnte Zahl von 10,7 Mill. t Stahl betrifft nicht die zugelassene Kapazität, sondern die tatsächliche Produktion. Die zugewiesene Kapazität, die mindestens zwei Mill. t über der zugelassenen Produktion liegen muß, sagt der neue Plan nichts aus. Die miteinander zu vergleichenden Zahlen sind also 5,8 Mill. t zugelassene Produktion für ganz Deutschland unter dem alten Plan und 10,7 Mill. t zugelassene Produktion für die Bizonen unter dem neuen Plan. Ein Vergleich der zugelassenen 10,7 Mill. t mit der nach dem alten Plan zugelassenen Kapazität von 5,8 Mill. t ist, da es sich um zwei verschiedene Gebiete betreffende Zahlen handelt, nicht anwendbar und führt zu Irrtümern.

Erklärung des Staatsministeriums

Stuttgart, 1. Sept. (Dena). Die Nachricht über die Entscheidung in den deutschen und amerikanischen Seite durchgeführte Schätzung der Getreidemenge seien geeignet, in weiten Kreisen große Mißverständnisse hervorzurufen, heißt es in einer Erklärung des württembergisch-badischen Staatsministeriums zu der Feststellung der amerikanischen Militärregierung für Württemberg-Baden wonach die deutschen Einschätzungen zu gering ausgefallen seien.
Es müsse darauf aufmerksam gemacht werden, so heißt es in der Erklärung, daß es sich bei beiden Angaben um Schätzungen handle. Während die deutsche Schätzung schon vor mehreren Wochen erfolgt sei, wäre die amerikanische auf Grund von Drescherergebnissen durchgeführt und dann auf die allgemeine Anbaufläche umgerechnet worden. Landwirtschaftsminister Heinrich Stoß habe bei einer kürzlich abgehaltenen Konferenz mit dem Direktor der amerikanischen Militärregierung für Württemberg-Baden, Sumner Sewall, zugesagt, die deutschen Angaben über die Drescherergebnisse laufend mit denen der amerikanischen Militärregierung abzustimmen. Es sei allgemein bekannt, daß die Ablieferungsquoten für die Landwirtschaft zunächst auf Grund vorläufiger Bescheide erfolgen, denen dann nach den tatsächlichen Ergebnissen die eigentliche Festsetzung nachfolge. Die endgültigen Ertragsangaben über die Getreidemenge in Württemberg-Baden können daher überhaupt erst in einigen Wochen vorliegen.

Im Telegrammstil

Washington, Präsident Harry S. Truman gab am 29. August die Ernennung von Henry D. Rogers Jr., der der amerikanischen Abteilung des Staatssekretärs für die Armeekontrollen (Dena-INS).
Vandenberg erklärte am 29. August die inter-amerikanische Verteidigungskonferenz nicht sich gegen Krieg, Aggression und Unrecht zu richten, die hinter der Konferenz noch andere Motive suchen, sondern damit nur ihre eigenen Ziele bekennen (Dena-INS).
Canberra, Die Delegierten der britischen Commonwealth-Konferenz über den August Friedenvertrag kamen am 29. August überein, daß die japanische Wirtschaft im Rahmen der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen auf eigenen Füßen stehen solle (Dena-INS).
London, Die Sowjetunion habe eine baldige Antwort auf die Note Großbritanniens zugesagt, in der die Union die Zustimmung zur schnellen Ratifizierung der Friedensverträge mit den vier Satellitenstaaten Italien, Rumänien, Finnland, Bulgarien und Ungarn gebeten wurde.
Den Haag, Die holländische Regierung erklärte sich am 29. August bereit, die „allgemeine Tendenz“ der Entscheidungen in dem indonesischen Streitfall anzunehmen, die vom Sicherheitsrat gebilligt wurden (AP).
Wien, Die US-Armee gab am 29. August bekannt, daß sie auf ausdrückliche Befehle des russischen Kommandanten von Wien, General Fedor Ledebnik, ihre Köhnenlager, Benzin- und Öldepots aus der russischen Zone entfernen werde (AP).
Wien, Auf Veranlassung der sowjetischen Behörden müssen, wie am 29. August bekanntgegeben wurde, Pressemeldungen aus Wien, die sofort durch eine Zensur gehen. Diese Amerikanische Kreise in der Ankündigung in Kraft (Dena-Reuter).
Budapest, Andre Misteth, ehemaliger ungarischer Wiedererbauminister und Mitglied der Partei der kleinen Landwirte, wurde am 29. August unter der Anklage der Verschwörung zum Sturz des demokratischen Regimes in Ungarn zu 7½ Jahren Zwangsarbeit verurteilt (Dena-Reuter).
Athen, Amerikanische Kreise in der griechischen Hauptstadt sind über die Bildung der neuen griechischen Regierung besorgt und sehen den Verlust der Ereignisse als höchst kritisch für die amerikanische Politik in Griechenland an. Die USA hatten auf eine ausgedehnte Koalitionsregierung gehofft (Dena-INS).
Athen, Die Mitglieder des sich hauptsächlich aus Populisten zusammensetzenden neuen griechischen Kabinetts, Konstantin Tsaldaris wurden am 29. August von König Paul eingeschoren (Dena-Reuter).
Teheran, Der am 27. August nach der Neuwahl des persischen Parlamentes zurückgetretene Ministerpräsident Quavam Esfahani wurde am 30. August in einer geschlossenen Sitzung der Nationalversammlung mit 78 von 116 Stimmen wieder zum Ministerpräsidenten gewählt (Dena-Reuter).
Damaskus, Syrien und der Libanon brachten in gemeinsamem Kommuniqué am 29. August ihre unmißverständliche Ablehnung der Proklamation König Abdullahs von Transjordanien vom 4. August zum Ausdruck, in der dieser die Schaffung eines „groß-syrischen“ Staates vorschlug (AP).
Lahore, Die Streitkräfte an der Grenzlinie durch den Pandschab zwischen den Dominion Indien und Pakistan werden, wie hier am 29. August offiziell bekanntgegeben wurde, am 31. Aug. aufgelöst (Dena-Reuter).
München, Wegen Fragebogenfälschung verurteilte ein mittleres amerikanisches Militärgericht am 29. August in Regensburg Dr. Johannes Prisse, den Kommandeur des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus zu drei Jahren Zuchthaus (Dena).
München, Die Arbeitstagung der SPD-Landtagsfraktion, die am 25. August in Bernau/Oberfranken begann, fand am 29. August mit der Verabschiedung von über 30 Gesetzentwürfen und Anträgen ihren Abschluß (Dena).
Berlin, Der französische Militärgouverneur für Deutschland, General Pierre Koenig, überreichte am 30. August in seiner Residenz in Berlin-Tegel dem amerikanischen Militärgouverneur für Deutschland, General Lucius D. Clay, das Kreuz der französischen Ehrenlegion (Dena).
Ungarische Wahlergebnisse
Budapest, 1. Sept. (Dena). Die kommunistische Partei Ungarns hat laut AFP bei dem am Sonntag durchgeführten Parlamentswahl nach den letzten Ergebnissen mehr als eine Million Stimmen, das heißt etwa 22 Prozent aller abgegebenen Stimmen, erhalten.

Deutsche Ärzte appellieren an die Welt

Keine Erziehung zur Demokratie in Deutschland, sondern Vernichtung biologischer Voraussetzung — Zunahme von Rachitis

Düsseldorf, 1. Sept. (Dena). In einer Denkschrift mit dem Titel „Die deutsche Ärzteschaft zur deutschen Ernährungslage“, die von einem Ernährungsrat der deutschen Ärzte aus dem drittgrößten Bundesland erarbeitet wurde, und zur Zeit an die zuständigen Stellen des In- und Auslandes versandt wird, macht dieser Rat „die Weltöffentlichkeit darauf aufmerksam, daß in Deutschland augenblicklich keine Erziehung zur Demokratie, sondern die Vernichtung biologischer Voraussetzungen erfolgt. Durch die Folgen der Unterernährung, heißt es in dieser Schrift, werde das deutsche Volk zu einer dumpfen, mißtrauischen, reizbaren und unberechenbaren Masse ohne Ideal und stillosen Halt, unfähig zu verantwortungsbewußtem demokratischen Denken und Handeln. Schon bei Kriegsende vor Beginn der eigentlichen Hungerperiode, seien die physiologischen Reserven des deutschen Volkes zu mehr als 50 Prozent aufgebraucht gewesen. Die Normalverbraucherquoten des Frühjahrs 1947 seien so niedrig gewesen, daß sie nur ein Drittel des Bedarfs deckten und schon bei einer Dauer von einigen Monaten zum Tode führen würden. Nur mit äußersten Anstrengungen und unter Einsatz aller Ersparnisse aus früheren Jahren, oft unter Preisgabe des geretteten Restes der beweglichen Habe und unter Mithilfe von Gesetzen und Bestimmungen seien die auf diese Rationen angewiesenen Menschen in der Lage, sich an der Grenze schwerer klinischer Unterernährungsercheinungen zu halten. Da es bei der deutschen Arbeiterschaft im großen Umfang bereits über den Fettchwund hinaus zu einem Abbau von Organen und Muskeln gekommen sei, seien Wochen und Monate einer übernormalen Ernährung erforderlich, die wieder mit vollen Leistungen bei diesen Menschen gerechnet werden könne.
Die Unterernährung wirke sich auf psychischen, physischen und geistigen Konzentrationsfähigkeit und des Gedächtnisses, psychische Schwerfälligkeit, Schwerbesinnlichkeit und Entschlußunfähigkeit wären allgemein zu beobachten. Wenn man bedenke, daß alle auf verantwortlichen Posten stehenden Beamten, Angestellten, Ingenieure, Wirtschaftler und andere leitende Persönlichkeiten von den Rationen zu leben gezwungen sind, sei es klar, daß die Lethargie, in die der deutsche Verwaltungsapparat und die deutsche Wirtschaft verfallen, nicht ein Kapitulationsvorzeichen, sondern Schwierigkeiten darstelle, sondern biologische, in der Ernährung wurzelnde Ursachen habe.
Eine Beurteilung der in Deutschland aufgetretenen klinisch manifestierten Unterernährung müsse davon ausgehen, daß neben Erschöpfung, die auf Kalorienmangel zurückzuführen seien, Eiweißmangelerscheinungen im Vordergrund stünden, Fettmangelerscheinungen, Kalkmangelerscheinungen zu erwarten und Vitaminmangelerscheinungen verbreitet seien. In den Großstädten müsse heute mit einem durchschnittlichen Untergewicht von 20 Prozent gerechnet werden. Die Rachitis sei daher in starker Zunahme begriffen. Die Säuglingssterblichkeit sei mehr als doppelt so hoch wie 1938. Der Grund dafür dürfe in erster Linie in den direkten und indirekten Hungerfolgen liegen.

Die Trockenheit eine wachsende Sorge

Vorerst ein Zentner Kartoffeln — Viehabbau bis zu 40 Prozent
Stuttgart, 1. September. (Eigenbericht). Ministerialrat Dr. Eisenmann, der auf der letzten Pressebesprechung des Landwirtschaftsministeriums über die augenblickliche Ernährungslage berichtet hat, erklärte, daß die Getreideablieferung in den letzten Wochen besonders gut gewesen sei. Ziel des Ministeriums sei, die Erfassung so rasch wie möglich durchzuführen, um die Ausgabe von 10 000 Gramm Brot in der Periode auf längere Zeit hinaus sicherzustellen.
Große Sorgen bereite die Kartoffelversorgung. Durch das Ausbleiben des Regens sei die letzte Hoffnung auf eine gute Ernte geschwunden und man müsse — wie im letzten Jahr — von einer Mißernte sprechen. Unsere eigenen bisherigen Überschüsse hätten Mißernten zu verzeichnen. Bayern käme dieses Jahr als Zuschußgebiet nicht in Betracht. Es sei zur Zeit noch nicht möglich, eine endgültige Schätzung der eigenen Ernte durchzuführen. Doch werde alles getan, um eine restlose Erfassung zu erzielen. Zunächst soll für jeden Verbraucher ein Zentner Kartoffeln zur Einkellerung ausgegeben werden.
Durch die Trockenheit sei es auch nicht möglich, eine einwandfreie Schätzung der Obst- und Gemüseernte vorzunehmen. Die ursprünglich vorgesehene Ausgabe von 25 kg Obst pro Verbraucher müsse auf 15 kg reduziert werden; doch bestehe eine kleine Hoffnung, daß später noch eine Zuteilung erfolgt. Auch die vorgesehene Lieferungen in andere Länder müßten herabgesetzt werden. Immerhin hat Württemberg 630 000 Zentner Obst auszuführen. Wichtig sei, daß das zur Zeit angebotene Obst vom Verbraucher sofort gekauft werde, damit weitere Lieferungen in die Städte erfolgen können.
Zur Fleischversorgung hat ein Vertreter des Ministeriums erklärt, daß durch die Trockenheit bedingte schlechte Futterlage kein einziger Kreis in Württemberg-Nordbaden in der Lage sei, den Viehbestand zu halten. Eine große Anzahl von Kreisen müsse sogar bis zu 40 Prozent des Bestandes abgeben. (Der ursprüngliche von der Militärregierung verlangte Viehabbau werde dadurch erheblich überschritten.) Seit drei Wochen sei ein Schlachtviehauflauf vorhanden, der über das dreifache des Normalen gestiegen sei. Da dieser stark Viehauflauf in Stuttgart, dem Zentralmarkt, nicht mehr bewältigt werden könne, werde ein Teil des Viehs lebend versandt. Ernsthafte Schwierigkeiten bei der Fleischverarbeitung seien bisher nicht entstanden. Eine Erhöhung der Fleischrationen sei vom Ernährungs- und Landwirtschaftsamt abgelehnt worden, da dadurch die Beibehaltung der augenblicklichen Rationen für spätere Zeit gefährdet würde.

Neuer Industrieplan der Bizonen gilt nicht für Berlin

Berlin, 1. Sept. (Dena). Der neue Industrieplan für die Bizonen wird die westlichen Sektoren Berlins nicht direkt betreffen, da die Stadt nicht allein von der amerikanischen und der britischen Militärregierung verwaltet wird und sich daher an dem neuen Wirtschaftsprogramm für die beiden wirtschaftlich vereinigten Westzonen nicht unmittelbar beteiligen kann, gab der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General Lucius D. Clay, auf einer Pressekonferenz bekannt. Indirekt werde jedoch Berlin aus dem neuen Industrieplan Nutzen ziehen, da die Versorgung der Stadt durch alle Zonen erfolge.

Der Inter-amerikanische Verteidigungspakt gebilligt

Petropolis, 1. Sept. (Dena-INS). Der inter-amerikanische Verteidigungspakt wurde am Samstag vor der Vollendung der inter-amerikanischen Verteidigungskonferenz gebilligt. Der Verteidigungspakt hat in einem Gebiet Gültigkeit, das sich vom Nord- bis zum Südpol erstreckt und Hunderte von Meilen in den Atlantischen und den Pazifischen Ozean reicht.

Kurz beleuchtet

Das ist geschehen: Eine Überprüfung nicht durch die deutschen Verantwortlichen Stellen, sondern durch Offiziere der Militärregierung, hat ergeben, daß 142 000 t Getreide in Württemberg-Baden verfügbar sind und daß dieser Ertrag die vom württembergisch-badischen Landwirtschaftsministerium festgesetzten Ablieferungsquoten nicht weniger als 62 Prozent überschreitet. Auch bei Gerste, auch bei Hafer, ist erheblich mehr verfügbar, als die festgesetzten Quoten vorsahen. Wir wiederholen, die Offiziere der Militärregierung trafen diese Feststellung, sie waren es, nicht die deutschen Stellen, die ermittelten, daß die Quotenfestsetzung durch das Landwirtschaftsministerium in einer Weise hinter dem Tatsächlichen zurückbliebe, die man einfach nicht begreifen kann. Denn im Landwirtschaftsministerium, nicht wahr, sitzen doch wohl Sachverständige! An anderer Stelle (s. Leitartikel), richteten wir vor Eintreffen der obengenannten Meldung an die Verantwortlichen die Frage, ob sie zur Sicherstellung und restlosen Zuführung des Vorhandenen das Menschennögliche getan hätten. Die Feststellungen der Offiziere der Militärregierung gaben eine Antwort auf diese Frage.
Man wird sich klar sein darüber, welche Vertrauensschütterung die, goldene gesagt, Fehlkalkulation des Landwirtschaftsministeriums für die Regierung bedeutet. Ministerpräsident Dr. Maier wurde über die erwähnten Feststellungen informiert, in der Erwartung, daß die Festsetzung neuer Quoten, die dem Ernteertrag entsprechen, ohne Verzögerung erfolgen wird. Landwirtschaftsminister Stoß hat den Leiter der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft bei der Militärregierung über die Fortschritte bei der Ernteablieferung laufend zu unterrichten.
Die Erklärung des württembergisch-badischen Staatsministeriums läßt die Frage unbeantwortet, wie eine derart hohe Differenz zwischen Versetzung und Ertrag möglich war und warum die Korrektur nicht schon von deutscher Seite erfolgte. W. S.

